

Stenographisches Protokoll

über die

13. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 20. April 1900.

Inhalt:

- Nachruf aus Anlaß des Ablebens des Abgeordneten Richard Mayr.
- Petitionen.
- Antrag des Abgeordneten Freiherrn von Rokitsky, betreffend die Errichtung einer Knaben-Bürgerschule in Leibnitz.
- Auflage.
- Begründung des Antrages der Abgeordneten Graf Kottulinsky, Posch und Genossen, betreffend die Durchführung der dem Reichsrathe vorliegenden Eisenbahn-Programme (Beilage Nr. 56 — Zuweisung an den Eisenbahn-Ausschuß.)
- Zuweisung der Regierungsvorlage, betreffend einen Gesetzentwurf wirksam für das Herzogthum Steiermark, womit die §§ 18, 19 und 25 des Landesgesetzes vom 8. Jänner 1870, L.-G.-Bl. Nr. 19, über die Realschulen, abgeändert werden (Beilage Nr. 67)
- an den Unterrichts-Ausschuß;
- Ersatzwahl eines Mitgliedes in den Unterrichts-Ausschuß an Stelle des Herrn Abgeordneten Koller;
- Ersatzwahl eines Mitgliedes in den Eisenbahn-Ausschuß an Stelle des Herrn Abgeordneten Koller;
- Ersatzwahl eines Mitgliedes in den Landeskultur-Ausschuß an Stelle des Herrn Abgeordneten Dr. Jurteja;
- Zuweisung von Vorlagen des Landes-Ausschusses, und zwar:
1. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Pözen im gleichnamigen Gerichtsbezirke, um Erlassung grundsätzlicher Bestimmungen, betreffend die öffentliche Wasserleitung in Pözen (Beilage Nr. 63);
 2. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend das Ansuchen der Ortsgemeinde Rappenberg, um Erlassung eines Gesetzes wegen Befreiung der in den Jahren 1900 bis Ende 1911 in der Ortsgemeinde Rappenberg auszuführenden Neu-, Um-, Auf- und Zubauten von der Entrichtung der Ge-

meindeumlagen sowie der Bezirksumlagen auf die Dauer von 12 Jahren (Beilage Nr. 64)

an den Sonder-Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten;

4. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend das Ansuchen der Wassergenossenschaft St. Lorenzen-Eolach, um Subventionierung der von derselben durchzuführenden Regulierungs-, beziehungsweise Meliorationsbauten nach dem Reichsgesetze vom 30. Juni 1884, R.-G.-Bl. 116 (Beilage Nr. 65)

an den Landeskultur-Ausschuß;

Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 7, betreffend das Ansuchen der Gemeindevorsteher der Ortsgemeinde Pazing im Gerichtsbezirke Pettau, um Abtrennung der Steuergemeinde Dornau vom Verbands der Ortsgemeinde Pazing und Bildung einer selbständigen politischen Ortsgemeinde (Beilage Nr. 58 — Annahme des Antrages des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten.)

Beginn der Sitzung 10 Uhr 45 Minuten Vormittag.

Vorsitzender: Landeshauptmann Excellenz Edmund Graf Attems.

Schriftführer: Die Abgeordneten Dr. Ignaz Buchmüller und Rudolf Dehne.

Von Seite der Regierung anwesend: Se. Excellenz Statthalter Manfred Graf Clary und Aldringen.

Landeshauptmann: Das Haus ist beschlussfähig; ich erkläre daher die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung ist aufgegeben, Einwendung wurde gegen dasselbe keine erhoben und erkläre ich es somit für genehmigt.

Hohes Haus! Ich bin schon wieder in die traurige Nothwendigkeit versetzt, dem hohen Hause die Mittheilung zu machen von dem Hinscheiden eines geschätzten Mitgliedes der hohen Landesvertretung. (Die Versammlung erhebt sich.)

Heute nachts ist zu Gleisdorf der Landtags-Abgeordnete Richard Mayr aus dem Leben geschieden. Herr Abgeordneter Mayr gehörte diesem Hause seit dem Jahre 1890 an, wo er seitens des Wahlbezirktes der Städte und Märkte der politischen Bezirke Weiz und Hartberg in die Landesvertretung entsendet wurde, und wurde er mit dem Mandate bei der seither sich ergebenden Neuwahl im Jahre 1896 wieder betraut. Herr Mayr betheiligte sich mit Eifer an den Arbeiten des hohen Hauses und war insbesondere im Gemeinde-Ausschusse thätig, wie er auch in seiner Heimatgemeinde Gleisdorf lange Jahre hindurch bis zum Augenblicke seines Todes die Stelle des Bürgermeisters eingenommen hat. Herr Mayr war außer in Gemeinde-Angelegenheiten auch auf landwirtschaftlichem Gebiete sehr eifrig bemüht und war dieser seiner Thätigkeit die Wahl in den Weincultur-Ausschuss zuzuschreiben. Auch im Eisenbahn-Ausschusse finden wir wiederholt Herrn Mayr unter den Mitgliedern dieses Ausschusses verzeichnet. Ich habe von Seite des Marktgemeindecamtes Gleisdorf mit der Mittheilung von dem Hinscheiden des Herrn Bürgermeisters die Mittheilung erhalten, dass das Leichenbegängnis morgen Nachmittag um halb 5 Uhr stattfindet und werde ich die morgige Sitzung in der Weise einrichten, dass es den Herren, welche bei diesem Leichenbegängnisse sich betheiligen wollen, möglich sein wird, mittags nach Gleisdorf reisen zu können.

Die Herren haben sich zum Zeichen der Trauer über das Hinscheiden des Landtags-Collegen von ihren Sitzen erhoben und nehme ich den Ausdruck der Trauer gleichzeitig als Zeichen der Genehmigung an, diese Trauerkundgebung im Protokolle der heutigen Sitzung erwähnen zu dürfen.

Ich habe mitzutheilen, dass ich die durch das Hinscheiden des Herrn Abgeordneten Mayr in dem Wahlbezirke der Städte und Märkte der politischen Bezirke Hartberg und Weiz erforderliche Neuwahl eines Abgeordneten bei Sr. Excellenz dem Herrn Statthalter in Anregung bringen werde, sowie ich die Ergänzungs-

wahlen in die Landtags-Ausschüsse, welchen Herr Mayr angehört hat, einleiten werde.

Es ist wieder eine Reihe von Petitionen eingelangt. Die nunmehr zur Verlesung gelangen werden den Petitionen beantrage ich dem Finanz-Ausschusse zuzuweisen.

Schriftführer **Dehne** (liest):

„Petition Nr. 266, des Ferdinand Majcen, Religionslehrers am Franz Joseph-Gymnasium in Pettau, um Belassung der Quinquennalzulagen bei seiner Vorrückung in den Gehalt eines wirklichen Lehrers. (Überreicht durch Abg. Grafen Stürgkh.)“

„Petition Nr. 267, des katholischen Frauenvereines zu Pettau, um eine jährliche Subvention. (Überreicht durch Abg. Dr. Reicher.)“

„Petition Nr. 269, der Genossenschaften von Pöllau, um Zuwendung eines Beitrages, behufs Errichtung eines gewerblichen Fortbildungscurses. (Überreicht durch Abg. Grafen Lamberg.)“

„Petition Nr. 270, der Bezirksvertretung Leoben, um Erwirkung der Einführung von entsprechenden Diäten für die gewählten Mitglieder der Steuerbemessungs-Commission von der k. k. Regierung. (Überreicht durch Abg. Dr. Buchmüller.)“

„Petition Nr. 272, der Fanny Prager, Oberlehrerwitwe in Groß-St. Florian, um eine Unterstützung. (Überreicht durch Abg. Freiherrn v. Moscon.)“

„Petition Nr. 276, des Vereines für Thierschutz und Thierzucht in Gilli, um eine jährliche Subvention zur Erhaltung und zur Vergrößerung seiner neuerrichteten Anstalt für Thierschutz und Thierzucht. (Überreicht durch Abg. M. Stallner.)“

„Petition Nr. 278, des Gemeindecamtes Passail, um eine Subvention zur Errichtung einer Wasserleitung. (Überreicht durch Abg. Freiherrn von Moscon.)“

„Petition Nr. 281, des Conventes der Barmherzigen Brüder in Graz, um eine Subvention für das Krankenhaus. (Überreicht durch Abg. Freiherrn v. Moscon.)“

„Petition Nr. 282, der Vormundschaft der landschaftlichen Waise Johanna Klar, um Fortbezug des bewilligten Erziehungsbeitrages bis zum vollendeten 24. Lebensjahre, d. i. bis zum 14. October 1903. (Überreicht durch Abg. Freiherrn v. Kellersperg.)“

„Petition Nr. 285, des Valentin Stolzner, gewesenen Lehrers in Raßwald, um Belassung seiner Gnadengabe. (Überreicht durch Abg. Dr. Link.)“

Landeshauptmann: Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungsantrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheinen diese Petitionen als dem Finanz-Ausschusse zur Vorberathung zugewiesen.

Die nunmehr zur Verlesung gelangenden Petitionen beantrage ich dem Petitions-Ausschusse zur Vorberathung zuzuweisen.

Schriftführer **Dr. Buchmüller** (liest):

„Petition Nr. 273, der Anna Pirsch, landschaftlichen Officialswaise in Graz, um eine Gnadengabe. (Überreicht durch Abg. Freiherrn v. Moscon).“

„Petition Nr. 274, der Theresia Schober, landwirtschaftlichen Hauswächterswitwe in Graz, um eine Gnadengabe für das Jahr 1900. (Überreicht durch Abg. Freiherrn v. Moscon).“

„Petition Nr. 275, der Katharina Bürger, Oberlehrerwitwe in Frohnleiten, um Fortbezug ihrer Gnadengabe jährlicher 25 fl. (Überreicht durch Abg. von Feyerer).“

„Petition Nr. 279, der Walburga Graßl, Ehegattin des pensionierten landschaftlichen Rechnungsrevidenten Carl Graßl in Graz, um eine außerordentliche Gnadenunterstützung. (Überreicht durch Abg. Freiherrn v. Moscon).“

„Petition Nr. 280, des Josef Kovriva, gewesenen provisorischen Unterlehrers in Gills, um eine Stelle oder eine kleine Gnadepension. (Überreicht durch Abg. Freih. v. Moscon).“

Landeshauptmann: Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungsantrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheinen diese Petitionen als dem Petitions-Ausschusse zur Vorberathung zugewiesen.

Die nunmehr zur Verlesung gelangenden Petitionen beantrage ich dem Landes-Cultur-Ausschusse zur Vorberathung zuzuweisen.

Schriftführer **Dr. Buchmüller** (liest):

„Petition Nr. 271, der Bezirksvertretung Leoben, um Erhaltung und Ausgestaltung des Oberhofes als Musterwirtschaft und landwirtschaftliche Lehranstalt. (Überreicht durch Abg. Dr. Buchmüller).“

„Petition Nr. 284, der Bezirksvertretung Wildon, um Verbilligung des Viehsalzes. (Überreicht durch Abg. Haring).“

Landeshauptmann: Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungsantrages etwas zu bemerken? (Nach

einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheinen diese Petitionen als dem Landes-Cultur-Ausschusse zur Vorberathung zugewiesen.

Schriftführer **Dehne** (liest):

„Petition Nr. 283, der landwirtschaftlichen Filiale Murek, um die Errichtung einer Winzerschule eventuell einer amerikanischen Nebenanlage mit Schnittweingarten, Rebschule und Ertragsmusterweingarten im Weinbaugebiete Murek. (Überreicht durch Abg. Kern).“

Landeshauptmann: Diese Petition beantrage ich dem Weincultur-Ausschusse zur Vorberathung zuzuweisen. (Zustimmung.)

Schriftführer **Dehne** (liest):

„Petition Nr. 268, der im Gebiete der Gemeinden Aschbach und Hallthal, Bezirk Mariazell, exponierten Lehrpersonen von Greith, Gollrad, Aschbach und Hallthal, um Einreihung ihrer Schulorte in die I. Ortsklasse. (Überreicht durch Abg. Fürst).“

„Petition Nr. 286, des Franz Stöckl, Lehrers an der Doppel-Bürgerschule am rechten Murufer in Graz, um volle Einrechnung seiner Unterlehrerjahre, Gewährung einer Personalzulage und Zusicherung der Einrechnung des Freiwilligenjahres und des Kriegsjahres. (Überreicht durch Abg. Dr. Portugal).“

„Petition Nr. 287, des Otto Ehrlich, definitiven Lehrers ad personam an der vierclassigen Volksschule in Grafendorf bei Hartberg, um Nachsicht der Dienstesunterbrechung behufs Erlangung der höheren Gehaltsstufe und der Diensteszulagen. (Überreicht durch Abg. Pösch).“

Landeshauptmann: Diese Petitionen beantrage ich dem Unterrichts-Ausschusse zur Vorberathung zuzuweisen. (Zustimmung.)

Schriftführer **Dehne** (liest):

„Petition Nr. 277, des Vereines für Armenpflege und Wohlthätigkeit in Graz, um Gewährung einer Subvention von 30.000 K pro 1900. (Überreicht durch Abg. Grafen Rottulinsky).“

Landeshauptmann: Diese Petition beantrage ich dem aus den Mitgliedern des Finanz-Ausschusses und Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten combinirten Ausschusse zur Vorberathung zuzuweisen. (Zustimmung.)

Es ist mir ein Antrag überreicht worden, den ich den Herrn Schriftführer Dehne bitte, zur Verlesung zu bringen.

Schriftführer **Dehne** (liest):

„Antrag

des Landtagsabgeordneten Freiherrn von Rokitsansky, betreffend die Errichtung einer Knaben-Bürgerschule in Leibnitz.

Schon vor 10 Jahren wurde in der Bevölkerung des politischen Bezirkes Leibnitz der Wunsch nach einer Knaben-Bürgerschule in Leibnitz rege; es konnte jedoch trotz der diesbezüglichen Beschlüsse des Gemeinde-Ausschusses und Ortschaftsrathes in Leibnitz die Ausführung des genannten Wunsches wegen der damit verbundenen Kosten nicht in Angriff genommen werden.

Kunmehr hat sich aber durch den Beschluss des Ortschaftsrathes Leibnitz vom 2. December 1899 die Sachlage insoferne geändert, als der genannte Ortschaftsrath sich verpflichtet, die gesetzlich normirte Beistellung der erforderlichen Localitäten, deren Einrichtung und Erhaltung zu übernehmen; außerdem aber haben sich die gewerblichen, commerciellen und landwirtschaftlichen Verhältnisse des Bezirkes Leibnitz und insbesondere des Marktes Leibnitz derart gestaltet, dass ein über das Lehrziel der Volksschule hinausgehender Unterricht als unbedingte Nothwendigkeit erscheinen muss, weil nur dadurch den Gewerbe- und Handeltreibenden, sowie den größeren Landwirten die heute vollständig fehlende Gelegenheit geboten wird, ihren Kindern eine höhere Bildung angeeignen zu lassen und denselben jene Vorbildung zugänglich zu machen, welche diese Kinder befähigt, späterhin andere Lehranstalten, wie höhere Gewerbeschulen, Handelschulen, Lehrerbildungsanstalten u. s. w. zu besuchen.

Betreffend die Frequenzfrage einer zu errichtenden Bürgerschule seien blos folgende Ziffern angeführt:

Der politische Bezirk Leibnitz zählte zur Zeit der letzten Volkszählung, also vor 10 Jahren, 63.981 Einwohner in 84 Gemeinden mit 2200 sesshaften Gewerben und man kann annehmen, dass der Bezirk heute 70.000 Einwohner besitzt. Volksschulen sind 37 vorhanden mit 4573 schulpflichtigen Knaben, wovon auf den Gerichtsbezirk Leibnitz allein 2036 schulpflichtige Knaben entfallen.

Enger gegriffen besitzen die innerhalb der nächsten Umgebung von Leibnitz befindlichen Schulen: Dillmitsch, Frauenberg, Heimschuh, Gabersdorf, Gralla, St. Veit a. Vogau und Lang sammt der Schulgemeinde Leibnitz 1021 schulpflichtige Knaben und ist auch gewiss zu erwarten, dass die nächst-

gelegenen Orte wie Ehrenhausen, Spielfeld, Arnfels, Kleinstätten, Klein, Leutschach und St. Johann im Saggauthale mit zusammen 1317 schulpflichtigen Knaben von der Wohlthat einer Bürgerschule Gebrauch machen werden.

Endlich mag noch erwähnt werden, dass der 3000 Einwohner zählende Markt Leibnitz, der Sitz der k. k. Bezirkshauptmannschaft, des k. k. Bezirksgerichtes und Hauptsteueramtes, eines k. k. Post- und Telegraphenamtes, sowie des Pfarramtes mit 11.091 Seelen, im Centrum des gleichnamigen Bezirkes liegend, sich im steten Aufblühen befindet und als größter Markt des Herzogthumes Steiermark, während andere, an Einwohnerzahl und Bedeutung für Gewerbe, Handel und Landwirtschaft durchaus nicht höher stehende, ja selbst kleinere Orte Bürgerschulen besitzen, sich bisher mit einer vierclassigen Volksschule begnügen musste.

Schließlich sei noch erwähnt, dass der Ortschaftsrath der Verpflichtung, für die gesetzlich normirte Beistellung der erforderlichen Localitäten u. s. w. zu sorgen, umso leichter nachkommt, als derselbe infolge Kündigung der Localitäten der vierclassigen Mädchenschule bemüsstigt ist, in einem bestimmten Zeitraume für den Neubau einer vierclassigen Knaben- und Mädchen-Volksschule Sorge zu tragen und sonach mit diesem Neubaue ohne bedeutende Erhöhung der Kosten die Herstellung der für eine dreiclassige Knaben-Bürgerschule nöthigen Localitäten verbunden werden kann.

Der Gefertigte stellt hiemit folgenden Antrag:

Der hohe Landtag wolle nachstehendes Gesetz beschließen:

Gesetz

vom

wirksam für das Herzogthum Steiermark, betreffend die Errichtung einer Knaben-Bürgerschule in Leibnitz.

Mit Zustimmung des Landtages Meines Herzogthumes Steiermark finde Ich auf Grund des § 61 des Reichs-Volksschulgesetzes vom 14. Mai 1869, R.-G.-Bl. Nr. 62 und § 6 des Landes-Gesetzes vom 4. Februar 1870, L.-G.- und B.-Bl. Nr. 15, anzuordnen, wie folgt:

Artikel I.

In dem Markte Leibnitz wird eine öffentliche dreiclassige Bürgerschule für Knaben errichtet.

Artikel II.

Diese Bürgerschule wird in derselben Weise erhalten, wie die übrigen öffentlichen Volks- und Bürgerschulen des Landes.

Artikel III.

Mein Minister für Cultus und Unterricht ist mit der Durchführung dieses Gesetzes beauftragt.

Graz, am 19. April 1900.

Freiherr von Kokitansky.

Mois Pofch.

Anton Walz.

J. Ornig.

Dr. Julius v. Derschatta.

Lenko.

Sutter.

M. Stallner.

Thunhart.

Fehrer.

Landeshauptmann: Der Antrag ist bereits genügend unterstützt und wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen werden.

Aufgelegt wurde heute:

Daten zur Wahlstatistik. Vorschreibungen an directen Steuern im Jahre 1898 ohne Einrechnung der Idealsteuern und ohne Berücksichtigung der Steuernachlässe bei den Realsteuern (ad Beilage Nr. 48);

der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Errichtung einer neuen hydropathischen Anstalt, sowie einer Central-Füllanlage in der Landes-Curanstalt Rohitsch-Sauerbrunn (Beilage Nr. 71);

der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Entschädigung der Pferdebesitzer für bei Ausfahrten zu Bränden verunglückte Pferde (Beilage Nr. 72);

der Antrag der Abgeordneten Sutter und Genossen betreffend die Abhilfe gegen die überhandnehmenden größeren Hochwasserschäden im Feistritzthale, Raabthale und im Lafnitzthale (Beilage Nr. 73);

der Dringlichkeitsvortrag der Abgeordneten Wagner und Genossen, betreffend Widmung einer Nothstandsunterstützung von Seite des Landes und des Staates (Beilage Nr. 74);

der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Änderung des Subventionierungsmodus für die Bezirksstraßen und den Antrag der Abg. Mosdorfer und Genossen wegen Übernahme sämtlicher Bezirksstraßen als Landesstraßen (Beilage Nr. 75);

der Bericht des steiermärkischen Landesauschusses, über das Ansuchen der Stadtgemeinde Graz, um Genehmigung des Verkaufes der Realitäten C.=Z. 9 und 10 Catastral-Gemeinde Rudersdorf (Beilage Nr. 76);

Das Verzeichnis Nr. 8 mit Bericht und Antrag des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über die ihm zugewiesene Petition Nr. 216.

Wir gehen nunmehr zur Tagesordnung über.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die

Begründung des Antrages der Abgeordneten Graf Kottulinsky, Pofch und Genossen, betreffend die Durchführung der dem Reichsrathe vorliegenden Eisenbahnprogramme.

(Beilage Nr. 56.)

Ich ertheile dem Herrn Antragsteller zur Begründung seines Antrages das Wort.

Abg. Graf Kottulinsky (C.=G.=V.): Hoher Landtag! Ich habe heute die Aufgabe, einen von mir im Vereine mit Abgeordneten auf dieser Seite des hohen Hauses eingebrachten Antrag, betreffend die Durchführung des Eisenbahnprogrammes der Regierung im Sinne der Geschäftsordnung zu begründen. Ich glaube, ich kann mich bei dieser Begründung umso kürzer fassen, als dieselbe eigentlich schon im Wortlaute des Antrages enthalten ist und als sich bei der weiteren geschäftsordnungsmäßigen Behandlung dieses Antrages reichlich Gelegenheit ergeben wird, in diesem hohen Hause diesen Antrag nach seinen verschiedenen Gesichtspunkten einer Erörterung zu unterziehen. Den unmittelbaren Anlaß zur Einbringung dieses Antrages hat das Regierungsprogramm gegeben, mit welchem das gegenwärtig im Amte stehende Ministerium vor den Reichsrath getreten ist. Bekanntlich hat bei diesem Programme außer dem politischen Theile, welchen zu erörtern hier nicht der geeignete Ort ist, auch einen wesentlichen Bestandtheil desselben eine große Anzahl von Gesetzesvorlagen in volkswirtschaftlicher Beziehung gebildet, welche von der gewiß sehr löblichen Absicht getragen waren, unserer seit langem darniederliegenden Volkswirtschaft neue und kräftige Impulse zu geben. Diese Absicht der Regierung hat sowohl im Parlamente, wie auch in der Bevölkerung allseitige Zustimmung und sympathische Aufnahme gefunden umsomehr, als in diesem wirtschaftlichen Programme auch ein weit umfassender Plan zum Ausbaue und zur Ausgestaltung unseres Eisenbahnnetzes enthalten ist, wobei auch der Alpenländer in hervorragender Weise gedacht wird und auch speciell unser Heimatland Steiermark von mehreren dieser Bahnprojecte in besonderer Weise betroffen wird.

Ich verweise diesfalls nur auf jene Gesetzesvorlagen, welche durch Herstellung einzelner Eisenbahntheilstrecken

die Schaffung einer großen Eisenbahnverbindung vom Norden des Reiches nach dem Süden und nach unseren Seehäfen bezwecken und auf die Vorlage betreffend die Fortsetzung der Eisenbahn Fehring – Hartberg nach Friedberg, um daraus nachzuweisen, daß das Interesse des Landes durch diese Vorlagen ganz wesentlich berührt wird. Es kann daher kaum einem Zweifel unterliegen, daß angesichts dieses Interesses der steiermärkische Landtag voll- auf berechtigt ist, zu diesem Theile des Regierungsprogrammes Stellung zu nehmen. Wir begrüßen daher mit ganz besonderer Genugthuung und dankbarer Befriedigung, daß die Regierung die Absicht hat, die Fortsetzung der Eisenbahn Fehring – Hartberg in der Richtung gegen Aspang durch die Erbauung wenigstens einer Theilstrecke und zwar bis Friedberg in Aussicht zu stellen und dadurch einem schon seit vielen Jahren im Lande und im steiermärkischen Landtage ausgedrückten Wunsche wegen Herstellung einer zweiten Eisenbahnverbindung über den Wechsel mit der Reichshauptstadt der Verwirklichung näher zu bringen.

Es hieße Eulen nach Athen tragen, wollte ich im steiermärkischen Landtage die Bedeutung dieses Schienenweges hervorheben. Es ist schon so viel darüber gesprochen und geschrieben worden, daß ich mich begnügen kann, darauf hinzuweisen, daß es sich bei dieser Eisenbahnverbindung nicht nur um die Erschließung eines bedeutenden Landestheiles für den öffentlichen Verkehr handelt, sondern, daß diese Bahnverbindung auch bedeutet die Herstellung einer zweiten Verbindung der Landeshauptstadt mit Wien und dadurch auch die Beseitigung des Monopoles der Südbahn, welches dieselbe bisher in Steiermark eingenommen hat, einer Bahn, welche bekanntlich den modernen Verkehrsansprüchen nicht nach jeder Richtung zu entsprechen vermochte. Angesichts der Bedeutung dieser Eisenbahnverbindung über den Wechsel nach Wien erscheint es aber wünschenswert, daß der dringende Wunsch der Regierung nahe gelegt werde, ihr Eisenbahnprogramm durch eine Gesetzesvorlage, betreffend die Weiterführung der Bahn von Friedberg nach Aspang in einer entsprechenden Weise zu ergänzen und zu erweitern. Nicht minder dankbar muß auch begrüßt werden, daß die Regierung die Absicht ausgesprochen hat, die Betriebsmittel auf den Staatsbahnen in größerem Umfange zu vermehren, nachdem wir gerade in Steiermark empfindliche und schädliche Erfahrungen gemacht haben, daß der Fahrpark der Staatsbahnen nicht immer in der Lage ist, den Ansprüchen der betreffenden Interessenten zu entsprechen. Wenn ich nun zunächst den Zweck dieses Antrages bezeichnet habe, daß eine Übereinstimmung des Eisenbahnprogrammes der Regierung, wenigstens insoweit

daselbe Steiermark betrifft, mit den jahrelangen hiesigen Wünschen in Bezug auf den Ausbau des Eisenbahnnetzes in erfreulicher Weise zu constatieren ist, so liegt wohl noch ein zweiter Grund vor, welcher uns dazu bewogen hat, diesen Antrag zu stellen. Es ist ja einleuchtend, daß die Durchführung des wirtschaftlichen Programmes der Regierung und damit auch des Eisenbahnprogrammes noch ganz wesentlich von der Gestaltung der politischen Verhältnisse der nächsten Zukunft, von der Arbeitsfähigkeit des Parlamentes und von der Stellung der Regierung zu den brennendsten politischen nationalen Fragen abhängen wird, und kann man sich allerdings nicht der Besorgnis verschließen, daß wohl möglich noch im letzten Augenblicke der Verwirklichung dieses Programmes sich Schwierigkeiten entgegenstellen könnten; mindestens ist die Gefahr einer solchen Schwierigkeit nicht ausgeschlossen, und darum hielten wir es für angezeigt, in der Form dieses Antrages den steiermärkischen Landtag zu einer solennen Manifestation zu Gunsten der Durchführung dieses Eisenbahnprogrammes aufzufordern, um dieselbe nach jeder Richtung hin zu unterstützen.

Das Cabinet Körber bietet nach einer langen gesetzgeberischen Dürre den nach productiver Thätigkeit dürftenden Völkern Oesterreichs einen nahezu überflüthenden Becher jenes Labetrunkes, von dem wir eine Kräftigung und Gefundung unserer Volkswirtschaft erwarten. Möge sich zwischen Bechersrand und Lippe nicht noch im letzten Augenblicke etwa der politische Kampf eindringen und dadurch die Gefundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse noch auf lange Zeit hinauschieben. In diesem Sinne bitte ich das geehrte Haus unseren Antrag anzunehmen, und denselben zur Vorberathung dem Eisenbahn-Ausschusse zuzuweisen. (Lebhafter Beifall.)

(Die Zuweisung dieses Antrages an den Eisenbahn-Ausschuß wird beschlossen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die

Regierungsvorlage betreffend einen Gesetzentwurf, wirksam für das Herzogthum Steiermark, womit die §§ 18, 19 und 25 des Landesgesetzes vom 8. Jänner 1870, L.-G.-Bl. Nr. 19, über die Realschulen, abgeändert werden.

(Beilage Nr. 67.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. Schmiderer:

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Unterrichts-Ausschuss.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die

Ersatzwahl eines Mitgliedes in den Unterrichts-Ausschuss an Stelle des Herrn Abgeordneten Koller.

Ich ersuche die Stimmzettel abzugeben.

(Nach Abgabe der Stimmzettel und Vornahme des Scrutiniums.)

Es wurden 36 Stimmzettel abgegeben, 35 Stimmen entfielen auf Herrn Abgeordneten Dr. Portugall, welcher somit als gewählt erscheint. Auf einem Stimmzettel ist die Bemerkung, daß er für die Wahl in den Eisenbahn-Ausschuss zu gelten hat, und enthält den Namen des Herrn Grafen Kottulinsky. Dieser Stimmzettel konnte daher nicht berücksichtigt werden.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die

Ersatzwahl eines Mitgliedes in den Eisenbahn-Ausschuss an Stelle des Herrn Abg. Koller.

Ich bitte die Stimmzettel abzugeben.

(Nach Abgabe der Stimmzettel und Vornahme des Scrutiniums.)

Für die Wahl in den Eisenbahn-Ausschuss sind gleichfalls 36 Stimmzettel abgegeben worden. Mit 34 Stimmen erscheint gewählt Seine Excellenz Graf Kottulinsky; je eine Stimme entfiel auf die Herren Abg. Größswang und Drnig.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die

Ersatzwahl eines Mitgliedes in den Landescultur-Ausschuss an Stelle des Herrn Abg. Dr. Jurtela.

Ich bitte die Stimmzettel abzugeben.

(Nach Abgabe der Stimmzettel und Vornahme des Scrutiniums.)

Bei der Wahl eines Mitgliedes in den Landescultur-Ausschuss wurden 36 Stimmzettel abgegeben. Mit 26 Stimmen erscheint gewählt der Herr Abg. Fürst; drei Stimmen entfielen auf Herrn Abg. Drnig und sieben Stimmzettel waren unbeschrieben.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Pözen im gleichnamigen Gerichtsbezirke, um Erlassung grundsätzlicher Bestimmungen, betreffend die öffentliche Wasserleitung in Pözen.

(Beilage Nr. 63.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. Reicher: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuss für Gemeinde-Angelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des Landes-Ausschusses, betreffend das Ansuchen der Ortsgemeinde Kapfenberg, um Erlassung eines Gesetzes wegen Befreiung der in den Jahren 1900 bis Ende 1911 in der Ortsgemeinde Kapfenberg auszuführenden Neu-, Um-, Auf- und Zubauten von der Entrichtung der Gemeinde-Umlagen sowie der Bezirks-Umlagen auf die Dauer von 12 Jahren.

(Beilage Nr. 64.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. Reicher: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuss für Gemeinde-Angelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des Landes-Ausschusses, betreffend das Ansuchen der Wassergenossenschaft St. Lorenzen-Edlach, um Subventionierung der von derselben durchzuführenden Regulierungs-, beziehungsweise Meliorations-Bauten nach dem Reichsgesetz vom 30. Juni 1884, R.-G.-Bl. Nr. 116.

(Beilage Nr. 65.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

1106 Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Franz Graf Uttems**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Landes-cultur-Ausschuß.

1107 (Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

1108 Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 7, betreffend das Ansuchen der Gemeindevorstellung der Ortsgemeinde Pazing im Gerichtsbezirke Pettau, um Abtrennung der Steuergemeinde Dornau vom Verbande der Ortsgemeinde Pazing und Bildung einer selbständigen politischen Ortsgemeinde.

(Beilage Nr. 58.)

1109 Ich ersuche den Herrn Berichterstatter die Verhandlung einzuleiten.

1110 Berichterstatter des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten **v. Fejrer** (von der Tribüne): Hoher Landtag! Die Ortsgemeinde Pazing im Gerichtsbezirke Pettau, welche aus den Catastralgemeinden Pazing, Dornau und Unter-Beoblet besteht, hat bereits im Jahre 1897 an den Landes-Ausschuß das Ansuchen gerichtet um die Lostrennung der Catastralgemeinde Dornau aus dem Gemeindeverbande der Ortsgemeinde Pazing, sowie um die Bewilligung der Constituirung einer neuen Ortsgemeinde als Ortsgemeinde Dornau. Der Landes-Ausschuß hat über dieses Ansuchen die entsprechenden Erhebungen eingeleitet und insbesondere auch das Einvernehmen mit der k. k. Statthalterei gepflogen; es haben sich jedoch weder bei den vom Landes-Ausschuße eingeleiteten Erhebungen so triftige und zwingende Gründe ergeben, welche eine Trennung dieser Ortsgemeinde in zwei Theile befürwortet hätten, noch hat sich die k. k. Statthalterei für diese Trennung ausgesprochen, nachdem sie vielmehr der Befürchtung Ausdruck gegeben hat, daß dadurch nur zwei kleine Gemeindegewesen geschaffen würden, welche bei ihren beschränkten Mitteln nicht in der Lage wären, ihren Pflichten zu entsprechen.

1111 Auf Grund dieses abweislichen Bescheides hat die Gemeinde Pazing sich mit der Petition Nr. 469 ex 1899 an den Landtag gewendet und das Gesuch unter Anführung der gleichen Gründe, welche bereits in dem Ansuchen an den Landes-Ausschuß enthalten waren, erneuert. Der Landes-Ausschuß hat auch über dieses Ansuchen wieder die entsprechenden Erhebungen ebenso auch das Einvernehmen mit der k. k. Statthalterei gepflogen; das Resultat ist jedoch das gleiche geblieben.

1112 Die Gründe, welche die Gemeinde Pazing anführt und mit welchen sie die begehrte Lostrennung der Gemeinde Dornau aus dem Verbande der Gemeinde Pazing begründen will, sind hauptsächlich diejenigen, daß im Schoße der Gemeindevertretung von Pazing wiederholt Streitigkeiten vorgekommen sein sollen wegen der Verwaltung des Gemeindevermögens, der Pflege der Gemeindeftraßen und wegen der Wahl des Gemeindevorstandes; es ist aber in keiner Weise dargethan, welcher Natur diese Streitigkeiten sind, namentlich, ob sie aus wirklichen sachlichen Motiven entspringen, oder ob nur rein persönliche Gegensätze denselben zugrunde liegen. Jedenfalls kann der Anlaß zu diesen Streitigkeiten kein so wichtiger sein, weil die Gemeinde seit langen Jahren in Friede und Ruhe bestanden hat, ohne daß ein derartiger Wunsch nach Trennung der Gemeinde laut geworden wäre. Die Gemeinde Pazing führt in ihrem Gesuche außerdem noch an, daß es sehr schwer sei, in dem jetzigen Gemeindegebiete einen geeigneten Platz ausfindig zu machen, wo der Sitz der Gemeindeverwaltung und des Bürgermeisters aufgeschlagen werden könnte, welcher von allen Punkten der Gemeinde gleich leicht und kostenlos zu erreichen wäre.

1113 Nun dieser Grund kann nach meiner Ansicht keine Berücksichtigung finden, da die ganze Gemeinde eine so geringe territoriale Ausdehnung hat und die Entfernung des entlegensten Punktes der Gemeinde bis zum weitest entfernten Punkte nur 3 km beträgt; da man eine solche Entfernung bequem in $\frac{3}{4}$ Stunden zurückzulegen imstande ist, kann von Reisekosten und Zehrungskosten, überhaupt von einem kostspieligen Verkehr nicht die Rede sein.

1114 Außerdem führt die Gemeinde in ihrem Gesuche, beziehungsweise in ihrer Petition viele untersteirische Gemeinden an, welche noch kleiner sind, noch geringere Mittel und eine geringere Einwohnerzahl haben, als die projectierte neue Gemeinde hat und doch selbständig ihr Dasein fristen. Ein solches Beispiel ist wohl eher beklagens- als nachahmenswert. Aus diesen Erwägungen hat sich die k. k. Statthalterei neuerlich bestimmt gefunden, von dieser Zerlegung der Gemeinde Pazing in zwei kleine Gemeinden, entschieden abzurathen.

1115 Ich erlaube mir daher im Namen des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten in Uebereinstimmung mit dem bezüglichen Antrage des Landes-Ausschusses den Antrag zu stellen (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

1116 Dem Ansuchen der Gemeindevorstellung der Ortsgemeinde Pazing im Bezirke Pettau, Petition Nr. 469

ex 1899, um Trennung der Steuergemeinde Dornau von dem Verbande der Ortsgemeinde Pazing und Bildung einer selbständigen Ortsgemeinde wird keine Folge gegeben.“

Abg. **Ornig** (H.-R. Graz): Hoher Landtag! Nach der Actenlage finde ich es begreiflich, daß der Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten dem Antrage des Landes-Ausschusses beiegepflichtet und sich demselben angeschlossen hat, indem er zur Trennung der Gemeinden Dornau und Pazing nicht zustimmt. Wenn man aber in diesen Gemeinden einen näheren Einblick hat, wie dies bei mir der Fall ist, der ich in der nächsten Nähe dieser Gemeinden wohne, so möchte ich, sowie die Bezirksvertretung Pettau auch die Trennung befürwortet hat, mich dieser Befürwortung anschließen und dem hohen Landtag meine gegentheilige Ansicht nahe legen, indem ich besonders ins Treffen führe, daß die beiden Gemeinden thatsächlich in ihren eigenen Interessen ungeheuer auseinander gehen, da die Gemeinden Pazing und Unter-Reloblet sich in einer bergigen Lage befinden, wogegen Dornau ein vollkommenes Flachland ist und in Folge dieser Verschiedenheiten sich in den beiden Gemeinden fortwährende Streitigkeiten u. s. w. entwickelt haben.

Ich stelle auf Grund dieser meiner kurzen Mittheilungen den Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Dem Ansuchen der Ortsgemeinde Pazing um Trennung der Steuergemeinde Dornau von dem Verbande der Ortsgemeinde Pazing und Bildung einer selbständigen Ortsgemeinde wird Folge gegeben.“

(Der Antrag wird genügend unterstützt.)

Landes-Ausschußsbeisitzer **Dr. Reicher**: Gegenüber dem Antrage des Herrn Abg. Ornig, möchte ich nur bemerken, daß der Landes-Ausschuß sich zu wiederholtenmalen und eingehend mit der Frage der Trennung der Catastralgemeinde Dornau von der Ortsgemeinde Pazing beschäftigt und diese Angelegenheit in reifliche Erwägung gezogen hat. Es liegen keine solchen Gründe vor, welche triftiger und sachlicher Natur wären, daß diese Trennung gerechtfertigt sein würde; und mit Rücksicht darauf, möchte ich den hohen Landtag bitten, den Antrag des Herrn Abg. Ornig abzulehnen und jenen Antrag, welchen der Herr Berichterstatter des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten gleichlautend mit dem des Landes-Ausschusses gestellt hat, zum Beschlusse zu erheben.

(Die Debatte wird hierauf geschlossen.)

Berichterstatter **v. Feyrer**: Ich kann in gar keiner Weise dem Antrage des Herrn Abg. Ornig entgegenkommen, weil auch der Herr Abg. Ornig in seinen Ausführungen die Gründe in keiner Weise widerlegt hat, welche gegen die projectierte und angeforderte Theilung dieser Ortsgemeinde sprechen; namentlich hat der Herr Abg. Ornig sich auf das Gutachten des Bezirks-Ausschusses Pettau berufen. Dieses Gutachten befürwortet allerdings die Theilung, aber in der betreffenden Zuschrift des Bezirks-Ausschusses Pettau ist nicht ein einziger Grund angeführt, der für die Theilung sprechen würde und es scheint bei dieser Befürwortung auch der Bezirks-Ausschuß in Verlegenheit gewesen zu sein, zwingende und triftige Gründe anführen zu können.

Was die Verschiedenheit der einzelnen Theile der Gemeinde anbelangt, so kann dieselbe so bedeutend nicht sein, weil das Territorium der Gemeinde an sich zu klein ist und wenn auch die Configuration der Gemeinde nicht so glücklich ist, weil dieselbe einen langen Streifen bildet, so ist doch, wie gesagt, das Territorium ein so kleines, daß von einer Schwierigkeit des Verkehrs und von einem großen Gegensatze der Interessen keine Rede sein kann. Ich ersuche daher den Antrag des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten annehmen zu wollen.

Landeshauptmann: Bei der Abstimmung werde ich so vorgehen, daß ich den Abänderungsantrag des Herrn Abg. Ornig als Gegenantrag zuerst zur Abstimmung bringen werde. Sollte derselbe nicht angenommen werden, so kommt dann der Antrag des Sonder-Ausschusses zur Abstimmung. (Zustimmung.)

Der Antrag des Herrn Abg. Ornig lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Dem Ansuchen der Ortsgemeinde Pazing um Trennung der Steuergemeinde Dornau von dem Verbande der Ortsgemeinde Pazing und Bildung einer selbständigen Ortsgemeinde wird Folge gegeben.“

(Der Antrag wird abgelehnt.)

Es kommt nunmehr der Antrag des Ausschusses zur Abstimmung; derselbe lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Dem Ansuchen der Gemeindevorsteherung der Ortsgemeinde Pazing im Bezirke Pettau, Pet. Nr. 469 ex 1899, um Trennung der Steuergemeinde Dornau von dem Verbande der Ortsgemeinde Pazing und Bildung einer selbständigen Ortsgemeinde wird keine Folge gegeben.“

(Der Antrag wird angenommen.)

Somit ist dieser Gegenstand und auch die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Die nächste Sitzung bestimme ich für Montag den 23. April 1900 um 11 Uhr Vormittag und als

Tagesordnung:

1. Begründung des Antrages des Abgeordneten Sutter und Genossen, betreffend die Abhilfe gegen die überhandnehmenden größeren Hochwasserschäden im Feistritzthale, im Raabthale und im Lafnitzthale (Beilage Nr. 73).

2. Begründung des Dringlichkeitsantrages des Abgeordneten Wagner und Genossen, betreffend die Gewährung von 20.000 Kronen als Nothstandsunterstützungen für in Steiermark durch Elementar-Ereignisse beschädigte Besitzer und Gemeinden (Beilage Nr. 74).

3. Ersatzwahl eines Mitgliedes in den Sonder-Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten an Stelle des Herrn Abgeordneten R. Mayr.

4. Ersatzwahl eines Mitgliedes in den Eisenbahn-Ausschuß an Stelle des Herrn Abgeordneten R. Mayr.

5. Ersatzwahl eines Mitgliedes in den Weincultur-Ausschuß an Stelle des Herrn Abgeordneten R. Mayr.

6. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Donnersbachau im Gerichtsbezirke Jrdning, um Ertheilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 110 Percent im Jahre 1900 (Beilage Nr. 68).

7. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen des Bezirkes Jrdning, um Ertheilung der Bewilligung zur Einhebung einer Bezirks-Umlage von 65 Percent für das Jahr 1900 (Beilage Nr. 69).

8. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Donnersbachwald im Gerichtsbezirke Jrdning, um Ertheilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeinde-Umlage von 140 Percent im Jahre 1900 (Beilage Nr. 70).

9. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Errichtung einer neuen hydropathischen Anstalt, sowie einer Central-Füllanlage in der Landes-Curanstalt Rohitsch-Sauerbrunn (Beilage Nr. 71).

10. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Stadtgemeinde Graz, um Genehmigung des Verkaufes der Realitäten G.-Z. 9 und 10 Catastral-Gemeinde Radersdorf (Beilage Nr. 76).

11. Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 6, betreffend das Ansuchen der Ortsgemeinde Böls im Gerichtsbezirke Judenburg, um Bewilligung zur Einhebung einer Musiklicenzgebühr im erhöhten Betrage von zwei Gulden (Beilage Nr. 59.)

Berichterstatter Abg. v. Feyrer.

12. Berichte des Finanz-Ausschusses über Petitionen, und zwar:

Verzeichnis Nr. 4:

Petition Nr. 4, des Mathias Reuper um Zuerkennung einer jährlichen Remuneration.

Berichterstatter Abg. Graf Lamberg.

Verzeichnis Nr. 6:

Petition Nr. 110, des Ignaz Gugl, um eine Personalzulage;

Petition Nr. 84, des Presbyteriums der evangelischen Gemeinde, um eine Subventions-erhöhung;

Petition Nr. 9, des Skofleg und Petition Nr. 169, der Josefa Führer, um Pensionserhöhungen.

Verzeichnis Nr. 7:

Petition Nr. 171, der Schuldienner der Landesbürgererschulen, um Erhöhung ihrer Bezüge;

Petition Nr. 194, der Josefina Saminger, um Fortbezug und Erhöhung ihrer Gnadengabe;

Petitionen Nr. 168, des Franz Knog und Nr. 184, der Johanna Altrichter, um Pensions-Erhöhungen.

Berichterstatter Abg. Dr. Link.

Ich bin ersucht worden bekannt zu geben, daß der Finanz-Ausschuß heute Nachmittag um 4 Uhr eine Sitzung abhält, ferner, daß der Unterrichts-Ausschuß heute nach der Hausitzung eine Sitzung abhält.

Ich erlaube mir darauf zurückzukommen, daß ich in einer der letzten Sitzungen aufgefordert wurde zu verkünden, daß der Eisenbahn-Ausschuß Montag den 23. d. M. Nachmittag um 4 Uhr eine Sitzung abhält.

Ich erkläre nunmehr die Sitzung für geschlossen.

(Schluß der Sitzung 11 Uhr 45 Minuten vormittags.)